



An den Grossen Rat

15.5356.02

WSU/P155356

Basel, 28. Oktober 2015

Regierungsratsbeschluss 27. Oktober 2015

Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend „Was bezahlt die Basler Wirtschaft für die Ausländer“

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Eric Weber dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

„Seit 1950 haben wir das Ausländer-Problem in der Schweiz. Treibende Kraft war dabei die Wirtschaft, die – wir hören dies bis heute seitens der Industrie – angeblich qualifizierte Fachkräfte will. In Wahrheit ging es nur um billige Arbeitskräfte, was zwangsläufig zur Schaffung eines neuen Subproletariats führte. Und die Gastarbeiter der sechziger, siebziger und achtziger Jahre erwiesen sich sehr bald als Arbeitsmigranten, die auch auf Dauer im Land blieben. Zum Problem wurde dies vor allem im Falle der in Massen zuwandernden Türken, die ebenfalls in Basel ihren Dauerwohnsitz begründeten, aber die Bindungen und die Loyalität zu ihrer Heimat und zu ihrer Herkunftskultur in keiner Weise abbrechen. Die zahlreichen verdeckten Doppelstaatsbürgerschaften beweisen dies ebenso wie die Re-Islamisierung der Zuwanderungstürken in der zweiten und dritten Generation, welche dann auch zwangsläufig auch zu entsprechenden Parallelgesellschaften (u.a. im Kleinbasel, meinem Wahlkreis) führte.

1. Hat die Basler Regierung Informationen oder Anhaltspunkte, was die Wirtschaft in Basel für die Integration von Ausländern bezahlt?
2. Warum kann man die Wirtschaft nicht an den Folgekosten für die Einwanderung bezahlen lassen? Denn es ist ja die Wirtschaft, die von billigen Arbeitskräften profitiert.

Eric Weber“

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Hat die Basler Regierung Informationen oder Anhaltspunkte, was die Wirtschaft in Basel für die Integration von Ausländern bezahlt? sowie zu Frage 2: Warum kann man die Wirtschaft nicht an den Folgekosten für die Einwanderung bezahlen lassen? Denn es ist ja die Wirtschaft, die von billigen Arbeitskräften profitiert.

Nein, die Basler Regierung hat keine konkreten Informationen. Ungewiss ist insbesondere, ob der Fragende unter Anhaltspunkte und der Bezahlung der Wirtschaft für die Integration von Ausländern auch das Bezahlen von Steuern sieht oder nicht. Es ist gesetzlich festgelegt, wer an was und unter welchem Titel bezahlt. Selbstverständlich ist die Kompetenz für die Festlegung der Gesetze beim Grossen Rat. Im Moment besteht aber keine gesetzliche Grundlage, die die Wirtschaft per se die Folgekosten für die Einwanderung direkt bezahlen lässt. Zudem wäre zu berücksichtigen, dass vor allem die grossen Firmen sehr viel Steuern bezahlen und dort auch Personen aus

dem Ausland angestellt werden, deren Qualifikationen man in der Schweiz nicht findet. Gerade hier von billigen Arbeitskräften zu sprechen, wäre verfehlt.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin